

Rentner gegen AHV-Revision mobilisiert

Manifestation in Bern

Bern, 20. Mai. (sda) Im Kampf für eine Stärkung von AHV und IV haben sich am Samstag in Bern rund 1000 Rentner und Behinderte zu einer Konferenz zusammengefunden. Mit Blick auf die Abstimmung vom 25. Juni schlossen sich die Gewerkschaftsbünde SGB und CNG und die Organisationen der Rentner und der Behinderten erstmals zu einer gemeinsamen Aktion zusammen. Ihre Botschaft: Nein zur 10. AHV-Revision, Ja zur Initiative zum Ausbau von AHV und IV.

In einem Aufruf sprach sich die Konferenz gegen jeglichen Sozialabbau im Bereich von AHV und IV, für existenzsichernde Renten, für einen flexiblen Altersrücktritt ohne finanzielle Einbusen und für die Beibehaltung und Verbesserung des Mischindex aus. Es bestehe kein Grund, Zweifel an der Finanzierbarkeit von AHV und IV auszustreuen. Deren finanzielle Zukunft sei gesichert, sofern der politische Wille dazu vorhanden sei. Die Verknüpfung der Errungenschaften der 10. AHV-Revision mit einem höheren Frauenrentenalter sei unzulässig, sagte die Co-Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Christiane Brunner (sp., Genf), zur Eröffnung der Konferenz.

Als Werk von Männern für Männer bezeichnete die ehemalige Zürcher Stadt- und Ständerrätin Emilie Lieberherr die AHV. Jetzt seien Korrekturen angezeigt. Eine Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen werde die Chance der Flexibilisierung des Rentenalters auf lange Zeit verunmöglichen und auch die Vereinheitlichung des Rentenalters für Mann und Frau aufs Eis legen, sagte die Zentralpräsidentin des Schweizerischen Senioren- und Rentnerverbandes.

Auf die Problematik der Arbeitslosigkeit wies Annette Wisler, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG), hin. Es sei absurd, wenn die älteren Menschen länger arbeiten müssten und auf der anderen Seite viele jüngere keine Arbeit fänden. Verbesserungen in der Invalidenversicherung – existenzsichernde Renten und raschere Abklärungen – forderte Stefan Rehmann für den Schweizerischen Invalidenverband (SIV) und die Behinderten-Selbsthilfe Schweiz (Askio).

Freiheitspartei steht zur 10. AHV-Revision

Resolution gegen die Neat

Frauenfeld, 20. Mai. (sda) Die Delegierten der Freiheitspartei der Schweiz (FPS) haben am Samstag mit je 79 zu 0 Stimmen ein Ja zur 10. AHV-Revision und die Nein-Parole zur Volksinitiative für den Ausbau von AHV und IV beschlossen. Mit 72 Ja gegen 2 Nein bei 5 Enthaltungen fiel die Ja-Parole zu Änderung der «Lex Friedrich».

Parteipräsident Roland Borer kritisierte zwar, dass bei der Behandlung der 10. AHV-Revision «viel zu wenig und zu wenig genau über die finanzielle Zukunft» dieses wichtigen Sozialwerkes geredet worden sei. Trotzdem stehe die FPS hinter den Neuerungen wie dem Rentensplitting und der Einführung von Betreuungsgutschriften. Die gleichzeitige Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre sei zumutbar. Die Frauen bezögen wegen ihrer höheren Lebenserwartung nicht nur länger AHV als die Männer; sie seien es auch, die von dieser Revision am meisten profitierten: «Also muss man sie auch in die Pflicht nehmen.»

Während die beiden ersten Parolen diskussionslos und einstimmig gefasst wurden, gab es bei der Frage über die Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Friedrich) einzelne Zweiflerinnen und Zweifler an der empfohlenen Ja-Parole.

«Neat: Das Ganze halt!» fordert eine Resolution der Nationalratsfraktion der Freiheitspartei (FPS), die Michael Dreher am Samstag den Delegierten vorlegte. Darin wird eine neue Volksabstimmung über die Neat gefordert. Die Zustimmung der Stimmberechtigten zur Neat habe auf einem Grundlagen-Irrtum basiert: Die angegebenen Kosten von 14 Milliarden Franken hätten sich mittlerweile als viel zu niedrig erwiesen. Dazu komme, dass die Schweiz zumindest bis ins Jahr 2020 keine zusätzlichen Schienenkapazitäten für den Transitverkehr benötige, bauten doch Frankreich und Österreich ihre Nord-Süd-Verbindungen aus. In der Schweiz genüge es, mit Neigezügen im Personenverkehr, Verkürzung der Blocksicherungen bei den SBB und Lokomotiven mit höherer Kurvengeschwindigkeit die Auslastung des SBB-Schienennetzes zu verbessern.

Umverteilung als zentrales Wahlziel der SP-Frauen

Bern, 20. Mai. (sda) Die SP-Frauen haben am Samstag an einer Konferenz in Bern ihre Wahlplattform verabschiedet. Hauptanliegen für die kommende Legislaturperiode ist die Umverteilung in allen Bereichen. Die Sozialdemokratinnen ziehen dafür mit einer eigenen Kampagne in den Wahlkampf.

Bundesrätin Ruth Dreifuss betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass die Gleichstellung von Frau und Mann noch nicht verwirklicht sei. Zudem müsse einmal Erreichtes gesichert werden. Als Fortschritt nannte Dreifuss, dass erstmals im Rahmen der AHV-Revision die unbezahlte Erziehungs- und Betreuungsarbeit von Frauen anerkannt werde. Als weiterer Schritt stehe die seit 50 Jahren fällige Mutterschaftsversicherung an.

Um eine effektive Beteiligung der Frauen an der Macht zu erreichen, sind nach Auffassung der SP-Bundesrätin Regeln nötig, die den Frauen gleiche Zugangschancen garantieren. Massnahmen wie Quoten seien dazu unumgänglich. Eine bessere Frauenvertretung in den politischen Instanzen sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern werde auch die Politik ändern, sagte Dreifuss.

Die SP-Frauen stellen ihren Wahlkampf unter das Motto «SP-Frauen reden Klartext. Von A bis Z». Zentrales Anliegen der Wahlplattform ist die Ausdehnung des Arbeitsbegriffs auf die unbezahlte Arbeit. Für die Wahlen wurde ein Handbuch verfasst, in dem die Sozialdemokratinnen ihren Standpunkt zu verschiedenen Themen darlegen. An der Frauenkonferenz wurden die Mittel festgelegt, wie die SP-Frauen ihr Ziel – mindestens die Hälfte der Sitze der SP-Fraktion des Nationalrats – anstuern sollen.